

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 11 / 2016

www.spd-nuernberg.de

PARTEIKONVENT

Streit um CETA

Man kann mit Roten Linien nicht beliebig umgehen

Seite 3

INTERVIEW

„Es ist gut für Nürnberg, wenn die SPD regiert“

Interview mit Gabriela Heinrich und Martin Burkert, unseren Kandidaten für die Bundestagswahl 2017

Seiten 4 und 5

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort

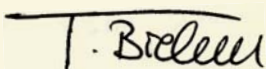


Liebe Leserinnen und Leser,

ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir 2012 im Rathaus oft stundenlang beieinander saßen. Fraktionsübergreifend berieten wir, wie wir in einem Verbund bayerischer Kommunen die Anteile an 33.000 GBW-Wohnungen erwerben könnten, um sie in öffentlicher Hand zu halten. Die CSU-Staatsregierung kümmerte das wenig; sie verkaufte diese lieber an die private Patrizia AG. Angeblich war es der Druck der EU-Kommission, der keinen anderen Schritt zuließ. Man hätte sich gewünscht, dass die CSU bei diesem Thema wenigstens halb so hartnäckig gegenüber der EU gewesen wäre wie bei der PKW-Maut. Stattdessen ließ sie die 85.000 Mieterinnen und Mieter links liegen.

Nun hat der BR die Geschehnisse noch einmal vertieft recherchiert und zahlreiche Fragen aufgeworfen. So wurde wohl bereits 2008 - als massive Landesbank-Verluste bekannt wurden - mit der Patrizia über einen Verkauf verhandelt. Das Konsortium mit Sitz in Luxemburg hatte dadurch möglicherweise einen Startvorteil gegenüber der öffentlichen Hand. Die Staatsregierung muss diese Vorwürfe nun im Landtag aufklären. Das Kapitel bleibt aber so oder so ein politisches Armutszeugnis für die Staatsregierung.

Euer


Thorsten Brehm

150 Jahre Geschichte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Nürnberg



Thorsten Brehm überreicht das Gastgeschenk an Sigmar Gabriel

Nach dem großen Familienfest vor dem Nürnberger SPD-Haus war auch der offizielle Festakt zum 150. Parteijubiläum mit dem SPD-Parteivorsitzenden und Vizekanzler Sigmar Gabriel am 26. September 2016 ein voller Erfolg. Parteivorsitzender Thorsten Brehm war stolz und glücklich, 400 geladene Gäste aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen und Stadtgesellschaft im Musiksaal in der Kongresshalle begrüßen zu dürfen. Darunter auch Hans Eckstein, der es mit seinen stolzen 102 Jahren an Lebensalter auf 69 Jahre SPD-Mitgliedschaft bringt. Brehms herzlicher Dank galt

zudem allen, die bei der Vorbereitung und hinter den Kulissen mitgewirkt haben, dass dieser Abend zu einer unvergesslichen Geburtstagsfeier wurde.

Gleich zu Beginn stand einer der Höhepunkte des Abends auf dem Programm: die Premiere des Jubiläumfilms, in dem Canan Candemir auf einem Spaziergang durch Nürnberg bedeutenden Persönlichkeiten aus der (Nürnberger) Parteilgeschichte begegnet (Unbedingt ansehen unter: <http://www.spd-nuernberg.de/detail/2016-10-04-150-jahre-spd-nuernberg-ein-spaziergang/>).

Foto: André Karambasos

Oberbürgermeister Ulrich Maly stellte daraufhin die besondere Bedeutung der SPD für die Stadt Nürnberg heraus und warnte gleichzeitig vor Stillstand: „Sie werden die Zukunft nicht gewinnen, wenn Sie versuchen, die Konzepte aus den 60er oder 70er Jahren neu zu mobilisieren. Wir müssen unsere Geschichte erzählen. Das ist und bleibt die Geschichte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität!“

Sigmar Gabriel überbrachte persönlich die Glückwünsche des gesamten Parteivorstandes und stellte die Zusammenhänge zwischen den historischen Ereignissen der letzten 150 Jahre und den Herausforderungen der Jetztzeit heraus. Dabei appellierte er daran, dass

die SPD wieder als die Stadtpartei wahrgenommen werden muss, die sie ist. „In der Kommune erfahren die Menschen zum ersten Mal Demokratie und Sozialstaat – oder eben nicht.“ Nürnberg sei ein gutes Beispiel dafür, wie man den Anspruch, den die SPD an sich selbst haben sollte, erfolgreich umsetzt. „Die Nürnberger SPD hat sich vom Rand der Gesellschaft als Kämpferin für die Rechte unterdrückter Arbeiterinnen und Arbeiter bis in die Mitte der Gesellschaft bewegt“.

Nachdem die letzten Klänge von „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ verklungen waren, stießen die Genossinnen und Genossen mit ihren Gästen im Serenadenhof auf die nächsten 150 Jahre an. ■



Fotos: André Karambatso und Sebastian Autenrieth



Filmpremiere von „150 Jahre SPD Nürnberg - ein Spaziergang“ - unbedingt ansehen auf unserer Homepage oder unserem YouTube-Kanal



Thorsten Brehm und Ulrich Maly nehmen von Bildhauer Wilhelm Uhlig eine Willy-Brandt-Büste als „Geburtstagsgeschenk“ entgegen

Streit um CETA

Man kann mit Roten Linien nicht beliebig umgehen!

VON NASSER AHMED

Am 19.09. wurde im Parteikonvent über das weitere Vorgehen bei CETA beratschlagt. Generell ging es jedoch um die Frage, wie die SPD zu dem Entwurf des Abkommenstextes steht. Der Antrag des Parteivorstands auf dem Konvent sah einen grundsätzlich positiven Bescheid darüber vor.

Wir mittelfränkischen Delegierten haben alle gegen den Antrag des Parteivorstands gestimmt, sind damit aber mit knapp 40 zu etwas über 60 Prozent unterlegen. Unsere Ablehnung hatte zwei Gründe: Zum einen natürlich den klaren Beschluss des Landesparteitags vom Juli 2016, der für uns auch eine Verpflichtung war. Zum zweiten, dass der Parteivorstandsantrag sich um die klare Aussage herumdrückt, dass die „Roten Linien“, die wir uns 2014 gegeben haben, überschritten sind. Auch wenn es richtig ist, dass die derzeitige kanadische Regierung zu weiteren Verbesserungen bereit ist: Wir haben den Menschen über zwei Jahre gesagt, dass es bei einer Überschreitung der Roten Linien kein „Ja“ zu Ceta geben wird. Wir müssen Wort halten!

Es gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass Martin Schulz und Sigmar Gabriel in den direkten Verhandlungen mit der kanadischen Regierung im Vorfeld zum Parteikonvent viele dieser Roten Linien durchsetzen konnten. Ohne die SPD bewegt sich nichts in der Bundesregierung. Der Union sind die Sorgen der BürgerInnen bzgl. der Privatisierung Daseinsvorsorge weg von den Kommunen, der Absenkung von Verbraucherschutzstandards durch das Nachsorge- statt dem Vorsorgeprinzip, und vieles mehr völlig egal.

Unsere Ablehnung des Antrags des Parteivorstands liegt nicht am man-



gelnden Einsatz der SPD-Verhandlungsführer, sondern daran, dass immer noch zu viele der Roten Linien überschritten werden. Auch wenn nun dank ihres Einsatzes keine privaten, sondern öffentliche Schiedsgerichte bei Investor-Staat-Streitigkeiten entscheiden, so bleibt ein Skandal bestehen: während Investoren Staaten wegen vermeintlicher Diskriminierung verklagen können, so können sich weder Arbeitnehmer noch Ge-

werkschaften bei Verstößen von Staaten gegen internationale Arbeitsnormen (bspw. ILO-Kernarbeitsnormen) an diese Schiedsgerichte wenden. Eine solche neoliberale Ungerechtigkeit, passt mit unserem sozialdemokratischen Anspruch, den internationalen Handel zu „zähmen“ und ihn arbeitnehmerfreundlich zu gestalten, nicht zusammen.

Und auch wenn der Parteivorstandsantrag formulierte, dass für eine Zustimmung noch einige Bedingungen zu erfüllen sind: Am Ende steht ein „Ja“ trotz überschrittener Roter Linien.

Für eine erfolgreiche Sozialdemokratie ist aber das Vertrauen der Menschen wesentlich. Das, was einmal gesagt wurde, muss auch gelten.

Am Ende einer fairen Diskussion auf dem Konvent stand ein „Ja“ zu einem leicht veränderten Antrag des Parteivorstandes. Die Mehrheit der Delegierten ist der Meinung,

dass eine Unterstützung des Entwurfes in den EU-Gremien zum jetzigen Zeitpunkt Sigmar Gabriel und Martin Schulz etwas Rückenwind gibt, um die letzten Roten Linien in den nächsten zwei Jahren des Ratifizierungsprozesses hinein zu verhandeln. Auch wenn uns mittelfränkischen Delegierten der Glaube daran fehlt, dass die kanadische Regierung und vor allem die EU-Kommission hier mitspielen, so ist nun völlig klar:

Wir werden nun den weiteren Prozess begleiten und sehr kritisch darauf achten, dass die vom Konvent beauftragten Nachbesserungen und Klarstellungen zu Ceta auch so verhandelt und rechtsverbindlich vereinbart werden – eine reine Absichtserklärung reicht nicht aus. ■

„Es ist gut für Nürnberg, wenn die SPD regiert“

Interview mit Gabriela Heinrich und Martin Burkert, unseren Kandidaten für die Bundestagswahl 2017

Liebe Gabriela, lieber Martin: herzlichen Glückwunsch zur Nominierung als Kandidaten für die Bundestagswahl 2017! In einem knappen Jahr finden die Wahlen statt: welche Ziele wollt ihr bis dahin noch erreichen? Welche Projekte müssen in dieser Legislaturperiode unbedingt noch angegangen / abgeschlossen werden?

Gabriela Heinrich: Wir wollen auf jeden Fall noch das Bundesteilhabegesetz umsetzen, mit dem wir einen Paradigmenwechsel für Menschen mit Behinderungen einleiten. Es soll künftig weniger um Almosen, sondern stärker um Leistungsansprüche gehen. Es ist allerdings eine sehr umfassende Reform, bei der wir aktuell im parlamentarischen Verfahren sicherstellen müssen, dass nicht nur viele besser gestellt werden, sondern dass auch niemand schlechter gestellt wird.

Martin Burkert: Außerdem wollen wir die „Flexi-Rente“ umsetzen. Damit sollen ältere Beschäftigte bessere Möglichkeiten bekommen, ihren Übergang in den Ruhestand flexibel und selbstbestimmt zu gestalten. Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses beschäftigt mich auch die parlamentarische Beratung des Bundesverkehrswegeplans. Dieser legt fest, für welche Projekte der Bund in den nächsten 15 Jahren Geld ausgeben wird. Natürlich liegt für mich dabei ein besonderes Augenmerk auf den Projekten aus Nürnberg, Schwabach und der Region.

Was wird von der „GroKo“ bleiben? Hat es sich gelohnt, sie nach dem Mitglieder-votum 2013 einzugehen?

Martin Burkert: Ein Meilenstein der GroKo ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Davon profitieren 3,7 Millionen Frauen und Männer. Auch die Entlastung für die Familien ist ein großer Erfolg. Von dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ profitieren 22 Nürnberger Einrichtungen. Die SPD

konnte außerdem eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung durchsetzen. In Nürnberg werden daraus die Südstadt, St.Leonhard/Schweinau, Gibitzenhof, die Altstadt-Süd und Langwasser mit zusammen 1.410.000 Euro gefördert. In Schwabach profitiert die Altstadt von einer Förderung in Höhe von 1.200.000 Euro aus

es ohne die SPD in der Regierung nicht. Wenn man danach fragt, ob wir als Partei davon profitieren, dann leider (noch) nicht.

Was waren für euch persönlich eure größten Erfolge? Was ist nicht so gelungen, wie ihr es euch vorgestellt habt?

Gabriela Heinrich: Es gibt größere und



V.l.n.r. Martin Burkert, MdB, Martina Stamm-Fibich, MdB, Gabriela Heinrich, MdB, Carsten Träger, MdB und Thorsten Brehm, Vorsitzender der SPD Nürnberg

dem Programm. Zudem konnten wir die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip bei Maklergebühren durchsetzen.

Gabriela Heinrich: Teils – teils. Wenn man danach fragt, ob für viele Menschen etwas erreicht werden konnte, dann hat es sich gelohnt. Es gibt Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner, für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, für StudentInnen, für Alleinerziehende und für Eltern, die sich die Erziehungsarbeit teilen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Krippenplätze angewiesen sind. Und es gibt deutlich mehr Wohngeld und ein Integrationsgesetz. Das gäbe

kleinere Erfolge. Wenn ich zum Beispiel über meinen direkten Draht zu den Ministerien ehrenamtliche Flüchtlingshelfer unterstützen konnte. Oder dass unser gemeinsamer Protest beim Arbeitsministerium erfolgreich war und nun noch mehr Langzeitarbeitslose in Nürnberg gefördert werden. Ich bin zudem sehr froh darüber, dass die Bundesregierung jetzt deutlich stärker Projekte für die Presse- und Meinungsfreiheit in Entwicklungsländern fördert und mehr in Städtepartnerschaften investiert. Für beides hatte ich mich in Berlin persönlich eingesetzt. Nicht so gut ist es, wenn in Berlin Anträge blockiert werden, die ich gerne hätte. Unser Koalitionspart-

ner macht leider zum Beispiel bei einem wirklich umfassenden Antrag zum Thema Rechte Älterer nicht mit.

Martin Burkert: Als Verkehrspolitiker freue ich mich natürlich besonders über die Erfolge im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. So wird die A6 sowohl zwischen den Autobahnkreuzen „Nürnberg Süd“ und „Nürnberg Ost“ als auch zwischen den Anschlussstellen „Schwabach-West“ und „Roth“ sechsstreifig ausgebaut. Neben der Verbreiterung der Fahrbahn stehen auch umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen an. Dafür habe ich mich lange eingesetzt. Ich freue mich auch, dass die Aufräum- und Bauarbeiten für die Lärmschutzwand an der Schienenstrecke in Nürnberg-Chlodwigstraße begonnen haben. Als Erfolg werte ich ebenfalls die Einstufung der Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg-Marktredwitz im BVWP in den Vordringlichen Bedarf. Das ist nicht nur wichtig für den Personenverkehr, sondern auch ein bedeutender Standortfaktor für die Region.

Was wollt ihr in der nächsten Periode erreichen? Was werden die zentralen Herausforderungen - auch für euch persönlich - sein?

Martin Burkert: Ich will, dass wir eine vernünftige Rentenreform angehen. Die Rente muss für die nächsten Generationen zukunftssicher gestaltet werden. Weitere Herausforderungen sind für mich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Integration von Flüchtlingen. Hier müssen wir vor allem die Städte und Gemeinden unterstützen. Ich will nicht, dass Wohnen in einigen Städten zum „Luxusgut“ wird. Mir ist daher besonders wichtig, den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu stärken. Im Bereich der Verkehrspolitik will ich mich für eine mögliche U-Bahn-Verlängerung nach Stein und für die Umsetzung der Stadt-Umland-Bahn einsetzen.

Gabriela Heinrich: Wie von Martin angesprochen, will ich auch mehr Unterstützung des Bundes für die Städte und Gemeinden, insbesondere für Nürnberg. Zum Beispiel für mehr Investitionen in die Kinderbetreuung, in die Schulen, bezahlbaren Wohnraum, akti-

ve Arbeitsmarktpolitik und in Integration. In Berlin möchte ich mich zudem weiter für die Beseitigung der Ursachen von Flucht einsetzen, auch in Bezug auf faire Handelsvereinbarungen und klare Kante für Demokratie. Es wäre ein großer Fehler, Diktatoren in Afrika dabei zu unterstützen, Flüchtlinge mit Waffengewalt von der Flucht abzuhalten, wie es sich mancher bei unserem Koalitionspartner wünscht. Denn vor genau solchen Diktaturen fliehen die Menschen ja. Wir müssen stärker Perspektiven vor Ort schaffen, zum Beispiel über wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne Ausbeutung, und vor allem diejenigen in Entwicklungsländern unterstützen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Frieden einsetzen.

Hand aufs Herz: rosig sehen die Umfragewerte für die SPD nicht gerade aus. Wie schaffen wir es, dass auch nach 2017 wir Sozialdemokraten die Bundespolitik prägen?

Gabriela Heinrich: Wir werden hoffentlich einen ersten Aufschwung kriegen, wenn klar ist, wer SPD-Kanzlerkandidat sein wird. Und dann müssen wir raus aus dem Büßergewand. Im Wahlkampf müssen wir selbstbewusst sagen, dass wir als SPD einiges geschafft und die Lebensbedingungen der Menschen in den letzten vier Jahren verbessert haben. Das war nicht die CSU. Und auch nicht die Linke. Rheinland-Pfalz hat gezeigt, wie es geht. Das Rezept war vor allem, dass alle zusammengehalten haben, gewinnen wollten und auch der Überzeugung waren, das beste Politikangebot für das Land zu haben.

Martin Burkert: Ich kann da Gabriela voll und ganz zustimmen. Ich setze auf Glaubwürdigkeit im Wahlkampf und denke, dass es wichtig ist, die Menschen über die vielen Verbesserungen, die wir durchgesetzt haben, zu informieren.

Und mit wem als Partner wollt ihr nach 2017 zusammenarbeiten?

Martin Burkert: Die vielen Erfolge zeigen, dass wir in der Regierung mehr für die Bürgerinnen und Bürger erreichen können als in der Opposition. Da wir nach aktuellen Umfragewerten mit

sieben Parteien im nächsten Bundestag rechnen müssen, wird eine Regierungsbildung nicht einfach. Wichtig wird sein, dass wir im Rahmen eventueller Koalitionsverhandlungen eine möglichst große Schnittmenge mit unseren sozialdemokratischen Zielen finden. Dabei kann auch Rot-Rot-Grün eine Option sein.

Gabriela Heinrich: Ich will die Bürgerversicherung und das Ende der Zwei-Klassen-Medizin oder auch ein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen verdient. Und ich will eine vernünftige Debatte über Waffenexporte und wie wir dem Klimawandel begegnen. Das sind Beispiele, und ich plädiere dafür, uns auf unsere Inhalte zu konzentrieren. Wir haben viele Schnittmengen mit den Grünen und mit der Linken – wenn wir die in einen Koalitionsvertrag einbringen könnten, wäre schon viel erreicht. Aktuell fehlt dafür allerdings die Mehrheit. Und es gibt Grüne, die von Schwarz-Grün mit Angela Merkel träumen und Linke, die die Opposition grundsätzlich vorziehen. Also: Je stärker die SPD wird, desto mehr sozialdemokratische Politik können wir umsetzen. Egal mit wem.

Was habt ihr euch für euren eigenen Wahlkampf vorgenommen? Wie wollt ihr die Nürnbergerinnen und Nürnberger von euch und der SPD überzeugen?

Gabriela Heinrich: Mit unserer Arbeit! Wir wollen deutlich machen, dass es gut für Nürnberg ist, wenn die SPD regiert und dass wir gute Vertreter für Nürnberg in Berlin sind. Ich will zudem deutlich machen, dass eine Erststimme für die Grünen oder die Linken letztlich eine Stimme für die CSU ist, weil sie am Ende dem linken Lager fehlt.

Martin Burkert: Ich will vor allem die Menschen mit persönlichen und regionalen Themen ansprechen, wie Infrastruktur, Wohnungsbau, Familienpolitik, gute Arbeitsbedingungen und Rente. Wir müssen die alltäglichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ihnen zeigen, was wir erreicht haben und mit welchen Konzepten wir die zukünftigen Herausforderungen angehen wollen.

„Unser Szenario 2026“ – ein Milliardenpaket für Bildung, Verkehr und Kultur

VON HARRY RIEDEL

„Same procedure as last year“. Mit diesem bekannten Zitat aus „Dinner for One“ habe ich meine diesjährige Haushaltsrede vor dem Stadtrat im September begonnen. Und es stimmt wirklich: Bei einem Blick auf die Zahlen für die Planung 2017 und den aktuellen Haushaltsplan für das aktuelle Jahr 2016 lassen sich frappierende Ähnlichkeiten entdecken.

Drei wichtige Zahlen möchte ich kurz zur Verdeutlichung herausgreifen:

- Das wäre das – leider wieder negative – Haushaltsergebnis von 6,8 (2017) bzw. 6,6 Mio. € (2016);
- die geplante Nettoneuverschuldung von 59,7 (2017) respektive 52,4 Mio. € und
- die fast im Gleichschritt nochmals gestiegenen Investitionen aus städtischen Mitteln von 146,5 (2017) zu 142,9 Mio. € (2016).

Was bedeutet diese Parallelität? Sie sagt uns einerseits, dass wir trotz gut laufender Steuereinnahmen auf der anderen Seite mit stetig steigenden Aufwendungen, zum Beispiel für Personal und Soziales, kalkulieren müssen. Beim Thema Investitionen bleiben wir weiterhin auf unserem bewährten Nürnberger Weg. Dieser besagt, dass wir uns unserer Verantwortung in Sachen Bildung, Kinderbetreuung, Kultur und Verkehrsinfrastruktur stellen und unsere wachsende Stadt zukunftsorientiert aufstellen werden. Bei den Bruttoinvestitionen, also mit den Fördermitteln von Dritten, haben wir dabei im Vierjahres-Planungszeitraum erstmalig die Gesamtsumme von etwas über einer Milliarde Euro erklommen.

Mit Szenario 2026 jetzt die Weichen für die Zukunft stellen

Dieser Weg der kontinuierlichen Arbeit der erforderlichen Investi-

tionen schlägt sich natürlich auch in den Zahlen zur Neuverschuldung nieder. Aktuell lassen sich neue Kredite zwar äußerst günstig finanzieren, weil wir das momentane Zinsniveau



für 30 Jahre festschreiben können. Doch blickt man auf unserer „Szenario 2026“, in dem wir den Haushalt für insgesamt 10 Jahre in die Zukunft simulieren, wird schnell klar, dass wir jetzt weitere Weichenstellungen vornehmen müssen, wenn wir den Haushalt dauerhaft im Gleichgewicht halten wollen. Als Finanzierungsbedarf stehen dort insgesamt 725 Mio. €. Rein rechnerisch würde dies eine jährliche Neuverschuldung von 72,5 Mio. € pro Jahr bedeuten.

Einen Teil davon werden wir auch sicher mit der Aufnahme zusätzlicher Kredite finanzieren müssen. Allerdings muss die Last in meinen Augen auf mehrere Schultern verteilt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie die ansässigen Unternehmen profitieren auf unterschiedlichste Weise von unserem Investitionsprogramm. Sei es durch verbesserte Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder (fast eine Milliarde €),

ein ordentliches Kulturangebot (über 400 Mio. €) oder eine ausgebaut und sanierte Verkehrsinfrastruktur (1,1 Mrd. €).

Darunter sind beispielsweise Maßnahmen wie

- der Bau, die Erweiterung und Sanierung einer Vielzahl von Schulen und Horten sowie eine deutliche Verbesserung der IT-Ausstattung unserer Schulen;
- der kreuzungsfreie, untertunnelte Ausbau des Frankenschnellwegs
- der Weiterbau der U-Bahn bis Gebersdorf sowie die Stadtländbahn nach Erlangen
- die Generalsanierung des Opernhauses und der Meistersingerhalle

Mit einem Anheben von Grund- und Gewerbesteuer auf das Niveau von Augsburg, das heißt im Detail mit Hebesätzen von 555 v.H. bei der Grund- und 470 v.H. bei der Gewerbesteuer, belasten wir alle in maßvoller Höhe und verschaffen uns auf der anderen Seite etwas Luft zum Atmen im Haushalt.

Mit maßvollen Steuererhöhungen Luft für Investitionen verschaffen

So können wir mit der Grundsteuer ca. 5 Mio. € pro Jahr (für das Szenario folglich einen Finanzierungsbeitrag von 50 Mio. €), mit der Gewerbesteuer ca. 20 Mio. € oder hochgerechnet 200 Mio. € für zehn Jahre mehr im Haushalt erzielen. Die Mehrbelastung aus der Grundsteuer für Mieterinnen und Mieter beziehungsweise Eigentümer würde sich bei einer 100 qm-Wohnung auf 10 € pro Jahr belaufen, ein durchschnittliches Unternehmen würde ca. 1.800€ Gewerbesteuer mehr pro Jahr zahlen müssen. Beides nicht schön, aber möglicherweise verkraftbar vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Zukunftsinvestitionen. Vorneweg hat die Verwaltung den Auftrag, mit

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 157

NOVEMBER 2016

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

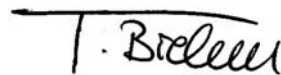
Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,
im November stehen traditionell die städtischen Haushaltsberatungen an. Der Stadtrat wird dabei entscheiden, welche Investitionen und Projekte in den nächsten Jahren realisiert und finanziert werden können.

Die übergeordneten politischen Rahmenbedingungen wirken dabei leider etwas befremdlich: In Berlin und München wird die schwarze Null im Bundes- und Landeshaushalt vor allem aus den Kreisen der Union zum unumstößlichen Ziel erklärt und über Steuersenkungen diskutiert. Die unterste politische Ebene mit den tausenden Gemeinden und Städten muss das in ihren Haushalten ausbaden. Auf deren Kosten wird sich saniert. Fast alle Städte, auch Nürnberg, kämpfen mit sanierungsbedürftigen Brücken und

maroden Schulen und haben steigende Ausgaben für Kinderbetreuung, Integrationsarbeit und Sozialtransfers zu stemmen. Kurzum: Das Geld reicht nicht für die Vielzahl an Herausforderungen.

Lange haben die Städte dafür gekämpft, dass sie von Bund und Ländern als politisch gleichwertige Partner wahrgenommen werden. Es wäre an der Zeit, dass sie bei den zentralen Themen endlich mit am Verhandlungstisch sitzen und bei Finanzierungsfragen mehr Gehör finden.

Ihr



Thorsten Brehm



MINDESTLOHN AUF STÄDTISCHEN BAUSTELLEN SICHERN

Die SPD sorgt für mehr Schutz vor „schwarzen Schafen“ der Baubranche. Bereits 2012 hatte der Bau- und Vergabeausschuss Maßnahmen zur Sicherstellung der Mindestlohnpflichten bei der Vergabe städtischer Aufträge ergriffen. Am 27. September diesen Jahres folgte nun der Ausschuss einem SPD-Antrag, der eine stärkere Kontrolle möglicher Verstöße gegen das Mindestlohngesetz verlangt und beschloss somit einstimmig eine Ergänzung der städtischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (BVB): „Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen das Mindestlohngesetz, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.“ Diese Regelung gilt ebenso für die Eigenbetriebe der Stadt Nürnberg und soll auch von deren Tochterfirmen übernommen werden.



Auf Anregung von SPD-Stadtrat Gerhard Groh wird es am 16. November erstmals einen Runden Tisch der Stadt Nürnberg mit den Gewerkschaften, der Bauinnung, der Handwerkskammer und dem Zoll geben. „Die Gespräche“, so Groh, „sollen si-

cherstellen, dass man den schwarzen Schafen der Baubranche besser auf die Schliche kommt und sie von einer möglichen Auftragsvergabe ferngehalten werden können.“

Weitere Informationen: Gerhard Groh; gerhard.groh@spd-nuernberg.de



Nüst: PFLEGE UND BETREUUNG IM ALTER GEHÖREN ZUR STÄDTISCHEN DASEINSVORSORGE

Im Oktober wurde im Sozialausschuss die Aktualisierung des 2012 beschlossenen Masterplanes für das NürnbergStift vorgestellt. Die bereits eingeleiteten Schritte zur Restrukturierung, die dem Defizit der Alters- und Pflegeheime und des Ambulanten Dienstes im Bereich des NürnbergStiftes entgegenwirken sollen, zeigen seitdem schon Erfolge. Dies sind neben der Einführung eines neuen EDV- und eines detaillierten Controllingsystems auch Investitionen in das vorhandene, aber auch

bereits beschlossene Neubau des August-Meier-Heimes auf dem Grundstück in der Regensburger Straße. Für die Seniorenanlage St. Johannis sind derzeit ebenfalls Neubaupläne in Bearbeitung.

Aufgrund konzeptioneller Umstellungen stellt sich die Situation der Auslastung und damit Wirtschaftlichkeit positiver dar, als noch vor einiger Zeit. Die Umwandlung von stationären Langzeitpflegeplätzen in Kurzzeitplätze und die Pflege und Be-

Platnersberg nochmal überdenkenswert.

Im Bericht wird zudem deutlich, dass das 2012 entwickelte Konzept in manchen Punkten an aktuelle Entwicklungen angepasst werden musste. Die Versorgungsquote liegt im Vergleich zu anderen Städten in Nürnberg erheblich unter dem Durchschnitt. Die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes auf die Einrichtungen sind noch äußerst ungewiss, allerdings lässt ein Trend zum Grundsatz „ambulant vor stationär“ erkennen, was einen längeren Verbleib älterer Menschen in den eigenen Wänden beinhaltet und damit eine Abkehr vom klassischen „Altersheim“. Der ambulante Dienst, der sich derzeit ebenfalls in einer Phase der Umstrukturierung befindet, bleibt deshalb absehbar ein wichtiger Pfeiler im System. Gleichzeitig wächst aber auch der Bedarf für stationäre Pflegeplätze.

Auf diese veränderten Bedarfe hat das NürnbergStift mit der Umwandlung von Altenheimbereichen in stationäre Pflegeplätze reagiert. Weiterhin stehen der Ausbau des Modellprojekts mit der NorisInklusion, die Pflege von

Menschen mit Suchthintergrund, aber auch der Aufbau der Pflege von Menschen aus anderen Kulturkreisen für das NürnbergStift als neue Themen für das NürnbergStift auf der Agenda.

Eine gute Betreuung und Pflege im Alter für jeden Menschen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Hier neben den privaten Marktakteuren auch ein städtisches Angebot zu haben, ist für die SPD-Fraktion ein wichtiges Bekenntnis zur Daseinsvorsorge und zu einer solidarischen Stadtgesellschaft.



Besichtigung der SPD-Fraktion in der Seniorenanlage St. Johannis des NürnbergStifts

in das zukünftige Personal, z.B. durch das Angebot von unbefristeten Vollzeitverträgen und neuen Arbeitszeitmodellen.

Deutlich wird im Bericht auch, dass eine wesentliche Belastung für das NürnbergStift die vielen alten Gebäude sind und es deshalb unbedingt Investitionen in neue Gebäude als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des NürnbergStifts bedarf. Bei den alten Gebäuden sind es derzeit insbesondere die Energiekosten, die hohe Fehlbeträge verursachen. Eine wichtige Maßnahme ist deshalb auch der

treuung von Menschen mit geistiger Behinderung in Kooperation mit der NorisInklusion sind auf die Zukunft ausgerichtet. Während das Konzept NürnbergStift2020 noch davon ausging, dass z. B. der Standort Platnersberg bis 2014 aufgegeben werden sollte, hat sich nun dank vielfältiger Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit verbessert. Eine Studie kommt für Nürnberg zu dem Schluss, dass bis 2020 zusätzlich zu den bestehenden 5534 Pflegeplätzen 1000-3000 zusätzliche Plätze benötigt werden. Aus diesem Grund scheint auch die Aufgabe von Pflegeplätzen z.B. am



„PERSPEKTIVEN FÜR FAMILIEN“ – EIN ERFOLGSMODELL

Der Name des Modellprojekts der Stadt Nürnberg, das inzwischen bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hat, ist Programm: Nicht einzelne Familienmitglieder, sondern die ganze Familie und ihr Umfeld stehen im Fokus. Mama, Papa und vor allem den Kindern wird unter die Arme gegriffen, der ganzen Familie eine Perspektive eröffnet: Förderung der Kinder, Unterstützung der Eltern bei der Erziehung und der Suche nach einem Arbeitsplatz, der das Einkommen der Familie weitestgehend sichert. Dafür arbeiten Jobcenter und Jugendamt Hand in Hand.

Diesen ganzheitlichen Ansatz zugunsten der Familie gibt es nur beim Modellprojekt „Perspektiven für Familien“ – Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem“, das sich an Familien und Alleinerziehende richtet, die Arbeitslosengeld II beziehen. Andere Instrumente oder Programme beschränken sich dagegen mehr oder weniger auf die Vermittlung von Leistungsempfängern in den Arbeitsmarkt. Es arbeitet deshalb auch wesentlich erfolgreicher. Ein Großteil der vermittelten Personen landet dabei in normaler Arbeit (68%), ein geringerer Prozentsatz

in geringfügigen Arbeitsverhältnissen (19%) und die Vermittlung ist auch wesentlich nachhaltiger als bei anderen Projekten.

Auch wurde die Frage untersucht, inwieweit die individuelle Lernförderung bei den schulpflichtigen Kindern ankam. Das Ergebnis: Alle Befragten hatten das Klassenziel erreicht und jeder Dritte konnte ins Gymnasium bzw. in die Realschule wechseln. Das Projekt hat also alle seine Ziele erfüllt: Mehr arbeitslose Menschen im SGB II sind in Arbeit gekommen, die Familien wurden stabilisiert, die Kinder gefördert – und es wurden Erfahrungen für eine bessere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Jobcenter gesammelt.

Entstanden ist das Projekt 2009 auf Anregung des DGB Region Mittelfranken und des Sozialreferats der Stadt als Bestandteil des Strukturprogramms der Bayerischen Staatsregierung nach der Quelleinsolvenz. „Perspektiven für Familien“ hat in der Zwischenzeit bundesweite Beachtung gefunden. Landes- und Kommunalpolitiker haben sich das Projekt angeschaut, für gut befunden und

übernehmen es zum Teil im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Vor allem auch vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Herausforderung durch die Langzeitarbeitslosigkeit ist das Modellprojekt ein Lichtblick. Allein in Nürnberg gibt es 7.077 langzeitarbeitslose Menschen und von den 20.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind über 13.000 schon seit vier Jahren oder länger auf Grundsicherung angewiesen. Statt mit einzelnen Maßnahmen immer wieder kleine Strohfeuer zu entzünden, müssen dauerhaftere, nachhaltige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsperspektiven für diese Menschen entwickelt werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert deshalb ein entschiedenes Handeln auf allen politischen Ebenen. Ansatzpunkte könnten so erfolgreiche Projekte wie „Perspektiven für Familien“ sein. Aus all diesen Gründen setzt sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht nur für eine Fortsetzung des Erfolgsmodells ein, sondern fordert auch seine feste Verankerung im Haushalt der Stadt Nürnberg.

Weitere Informationen: Gabriele Penzkofer-Röhl; gabi.penzkofer-roehl@odn.de



ROTE KULTUR NACHT

19.11.2016

KÜNSTLERHAUS IM KUNSTKULTURQUARTIER KÖNIGSTRASSE 93
EINLASS AB 19 UHR WWW.ROTEKULTURNACHT.DE

VORVERKAUF 12,- EUR zzgl. VVK-Gebühr
ABENDKASSE 15,- EUR

Karten an allen bekannten Vorverkaufsstellen
 und unter www.reservix.de

KARL BRÖGER
 GESELLSCHAFT



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Aus den Stadtteilen

WORZELDORF: Nach Berichten über verstärkten Maisanbau mit negativen Folgen für das ökologische Gebiet im Bereich des Königshofs stellt die SPD-Fraktion in einem Antrag noch einmal klar, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten ausschöpfen soll, den Denkmalschutz durchzusetzen und den hohen ökologischen Schutzstatus im Landschaftsschutzgebiet sicherzustellen.

ZABO: Zur Erleichterung der Überquerung der Zerzabelshofer Hauptstraße vom Aussiger Platz zum Johann-Adam-Reitenspieß-Platz – insbesondere für Kinder und ältere Personen – beantragte die SPD-Fraktion die Einrichtung eines neuen Fußgängerüberweges zu prüfen.

SÜDBAHNHOF-AREAL: Auf Antrag der SPD-Fraktion wird eine Erschließung des Südbahnhof-Areals, mit einer Verlängerung der Straßenbahn und Weiterführungsmöglichkeit bis zur Messe geprüft.

Aus dem Stadtrat

PERSONELLES: Die SPD-Fraktion gratuliert Reiner Prölß ganz herzlich zu seiner Wiederwahl als Sozialreferent für weitere vier Jahre.

GRABSTEINE AUS AUSBEUTERISCHER KINDERARBEIT: Jüngste Gesetzesänderungen im Bayerischen Bestattungsgesetz erlauben der Stadt Nürnberg nun endlich die Wiedereinführung des Verbots von Grabsteinen, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, diese Möglichkeit auch schnell in die städtische Friedhofssatzung aufzunehmen.

SITUATION HÄNGEMATTE: Nachdem der Mietvertrag nicht verlängert wird, beantragt die Rathaus-SPD Hängematte e.V., der einzigen Notschlafstelle für drogenabhängige Menschen in Nürnberg, bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zu unterstützen und die Bettenkapazität den Bedürfnissen anzupassen.

ONLINE-PLATTFORM FÜR MEHR BÜRGERBETEILIGUNG: Die Stadt Nürnberg intensiviert ihre Bürgerbeteiligung

und schaltete dazu im Oktober eine neue Online-Plattform frei. Unter onlinebeteiligung.nuernberg.de können sich Nürnbergerinnen und Nürnberger, die vielleicht auch nicht die Zeit haben an den Vor-Ort-Terminen zur Bürgerbeteiligung teilzunehmen, rund um die Uhr einbringen. So können Sie z.B. mitentscheiden, wo Radständer benötigt werden, oder sich auch über den aktuellen Umsetzungsstand der Neugestaltung des Kontumaz-Garten informieren.

Auf Initiative der SPD-Fraktion wird sich auch die Stadt Nürnberg ab nächstem Jahr im März an den Wochen gegen Rassismus beteiligen.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE:
30 Jahre Filmbüro Franken e.V. +++
Ein Jahr Z-Bau +++
Erntedankfest Bauernverband +++
Bürgerverein Eibach-Röthenbach +++
Empfang schottischer Jugendliche aus Glasgow +++
Meinungsträgerkreis Nördliche Altstadt +++
15 Jahre Bündnis gegen Depression +++
Nürnberger Kulturrucksack +++
Tagung: In Würde sterben – frommer Wunsch oder doch Wirklichkeit +++

neu-N

INFORMIEREN
MEINUNG BILDEN
MITREDEN

■ Qualität und bezahlbarer Wohnraum für alle – ein Widerspruch?

Glasbau im Künstlerhaus, KunstKulturQuartier, Königstr. 93, 90402 Nürnberg

Podiumsdiskussion am Di., 8.11.2016, 18.00 Uhr

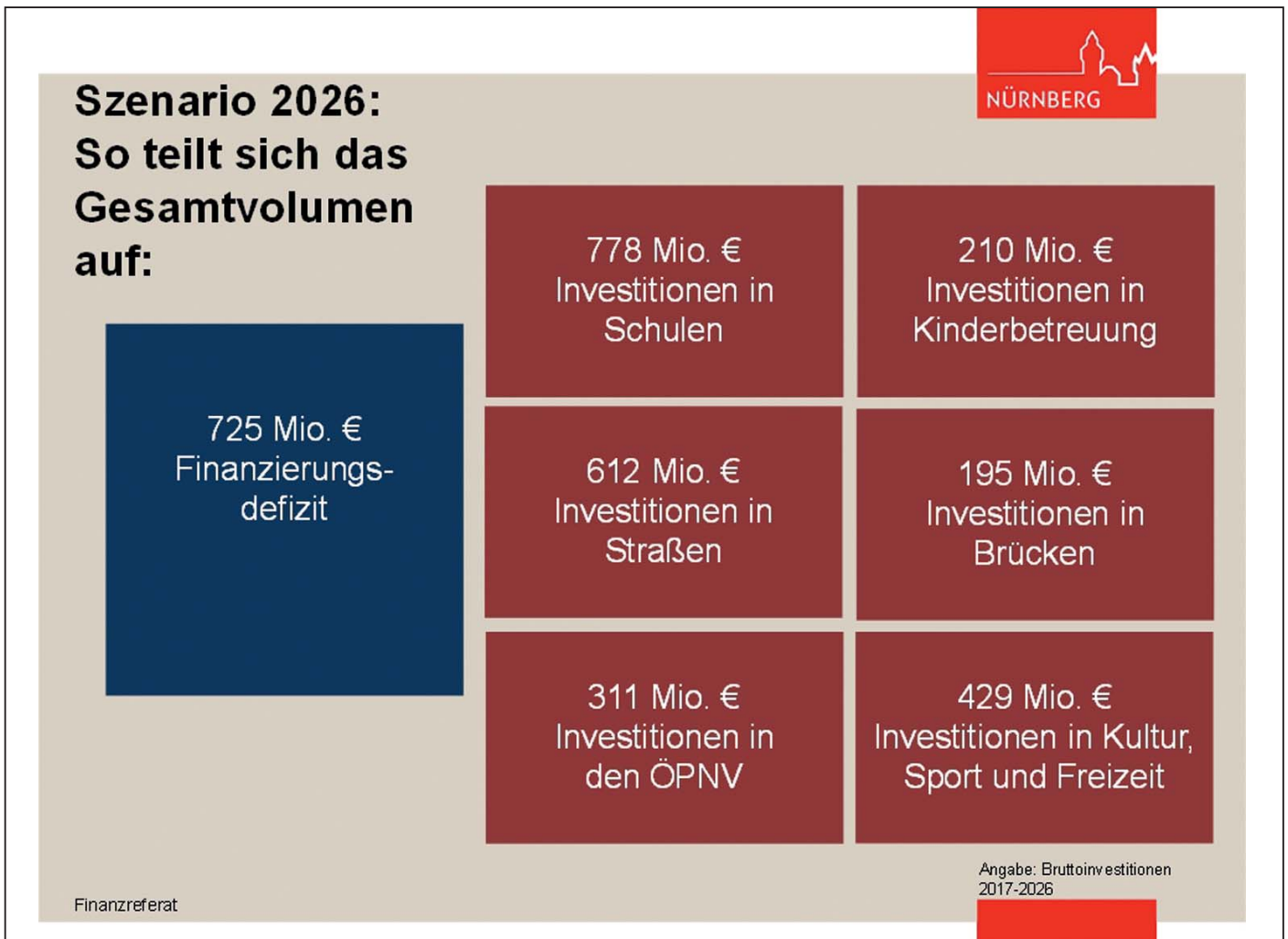
neu-N

INFORMIEREN
MEINUNG BILDEN
MITREDEN

■ Älter werden im Wohnviertel – wie können Seniorennetzwerke noch besser werden?

Feuerwehrhaus, Habsburgerstraße 31, 90475 Nürnberg-Altenfurt

Bürgerdialog am Do., 1.12.2016, 16.30 Uhr



einem 20 Mio. €-Sparpaket zunächst einen Eigenbeitrag zu erbringen. Mit dem Dreiklang Sparen, Einnahmen-

steigerung, Kreditaufnahme können wir es gemeinsam schaffen. Im November wird der Stadtrat hierzu die

notwendigen Entscheidungen treffen. Dabei helfen wir gerne mit! ■

FESTAKT DER SPD NÜRNBERG

anlässlich der Verleihung des 12. Nürnberger Ehrenamtspreises der SPD

14. November 2016 um 18.00 Uhr
Karl-Bröger-Zentrum

Die NürnbergSPD verleiht zum zwölften Mal den Nürnberger Ehrenamtspreis.

Den Preis erhalten Mitbürgerinnen und Mitbürger, Organisationen, Firmen, Einrichtungen oder Verbände, die in herausragendem ehrenamtlichen Engagement im Sinne der Allgemeinheit für Nürnberg tätig sind. Der Preis ist mit 1000€ dotiert.



Kreativwirtschaft fördern

Brigitte Zypries zu Besuch in Nürnberg

VON MARTIN BURKERT, MdB

Gemeinsam mit meiner Kollegin Gabriela Heinrich, MdB habe ich Anfang Oktober die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries (SPD), nach Nürnberg eingeladen, um einen Austausch mit der lokalen Kultur- und Kreativwirtschaft zu ermöglichen. Dabei stand auch die Information über die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ des Bundes im Mittelpunkt, die die Große Koalition ausbauen will. Ziel der Initiative ist es, das Arbeitspotential der Branche weiter auszuschöpfen und die Erwerbschancen zu verbessern.

Im Rahmen des Programms in Nürnberg besuchte Brigitte Zypries zunächst das Innovationslabor JOSEPHS. In der Service-Manufaktur können Unternehmen ihre Produkte auf „Testinseln“ bewerten lassen. So konnte ich dort unter anderem eine Bank-App ausprobieren, die dem Kunden hilft, den Überblick über seine Ausgaben zu behalten. Im Anschluss fand eine Ge-

mokratinnen und -demokraten haben mit Wirtschaft, Künstlern und Kreativen einen Kreativpakt geschlossen, um Antworten auf die drängenden

bilindustrie. Die Arbeitsbedingungen sind jedoch oftmals prekär. Häufig haben die „Kreativen“ mit Problemen bei der sozialen Absicherung und einem



Brigitte Zypries vor Vertretern der Kultur- und Kreativwirtschaft

Herausforderungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu finden.

Die Branche leistet einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg. Alleine in

niedrigem Einkommen zu kämpfen. Es gilt also, die Rahmenbedingungen kreativer Arbeit – vom Urheberrecht über die Netz- und Bildungspolitik bis zur Kultur- und Wirtschaftsförderung – zu verbessern.



sprächsrunde mit Vertretern der Kultur- und Kreativwirtschaft statt.

Auch die SPD-Bundestagfraktion setzt sich im Rahmen eines „Kreativpaktes“ intensiv für die Kultur- und Kreativwirtschaft ein. Die Sozialde-

Deutschland arbeiten knapp 1,7 Millionen Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das erwirtschaftete Umsatzvolumen von rund 143 Milliarden € jährlich liegt auf Augenhöhe mit dem der Automo-



Kurz gesagt: „Reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke!“ Weitere Informationen und den Kreativpakt im Ganzen gibt es unter: <http://www.kreativpakt.org/> ■

Haushaltsberatungen im Landtag: Der Öffentliche Dienst ist ein Querschnittsthema

VON STEFAN SCHUSTER, MdL

Die Staatsregierung hat ihren Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 vorgestellt und der Landtag steigt in die Debatte ein. Wenn es um neu zu schaffende Stellen oder die Arbeitsbedingungen von Beamten und Angestellten des Freistaats geht, bin ich als Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes unserer Fraktion besonders gefragt. Oft geht es dabei um Querschnittsthemen, die nicht nur in unserem Ausschuss, sondern auch von den zuständigen Fachexpertinnen und -experten der Fraktion beraten werden. Bei Lehrerstellen werden unsere



Bildungsexperten und bei Polizeibeamten unsere Sicherheitsexperten mit ins Boot geholt. Vor allem sind wir in der aktuellen Haushaltsdebatte aber bemüht, die Spätfolgen der Verwaltungsreform von 2005 abzdämpfen. Noch unter Stoiber hat die CSU beschlossen, 9.000 Stellen, die nicht bei der Polizei oder an Schulen angesiedelt sind, bis 2019 zu streichen. Auf der Zielgerade der Einsparungen bringt die Staatsregierung deshalb viele Behörden in Not, die schon mit dem aktuellen Personal kaum auskommen.

Darunter leidet auch die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Insbesondere in den Schulen müssen wir das Personal dringend den Herausforderungen anpassen. Wir brauchen nicht nur viele neue Lehrerstellen und Verwaltungspersonal, sondern auch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter, um traumatisierte Flüchtlinge angemessen zu betreuen und Lehrer bei den pädagogischen Anforderungen zu unterstützen. Unsere Gerichte brauchen dringend mehr Personal, um den gesamten Verfahrensprozess zu beschleunigen. Richter, richterliches Personal, Staatsanwälte, Justizsekretäre – die Liste der benötigten Stellen ist lang. Im Bereich der Polizei schieben die Beamten massig Überstunden vor sich her. Grund dafür sind Grenzkontrollen und eine stärkere Präsenz bei Großveranstaltungen.

Dazu kommt, dass deutlich mehr Polizeibeamte in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, als derzeit neu eingestellt werden. Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass mehr Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte zur Entlastung eingestellt werden. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass wieder mehr Lebensmittelkontrolleure eingestellt werden. Eine Reihe von Vorkommnissen, allen voran der Salmonellen-Skandal um die Firma Bayern-Ei, hat gezeigt, dass derzeit nicht ausreichend Kontrollpersonal vorhanden ist. Der Schutz der Verbraucher und Verbraucherinnen muss vom Freistaat wieder ernst genommen werden. Man sieht an all diesen Beispielen wie wichtig der Öffentliche Dienst und seine Beschäftigten für das Gemeinwohl eines Staates sind. ■

Termine

07.11.2016 - 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
SVL Sportheim
Schupfer Str. 81

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Ziegelstein:
Ortsvereinsitzung
Gaststätte TUSPO,
Herrnhüttestraße 75

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Ortsvereinstreffen
SIGENA, Plauenerstr.7

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt,
Wohlauer Str. 16

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Gostenhof:
Ortsvereinstreff
Nachbarschaftshaus Gos-
tenhof, Adam-Klein-Str. 6

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte
SV Reichelsdorf

08.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach-
Maiach: Ortsvereinsitzung
Röthenbacher Hauptstraße
74

Termine

09.11.2016 - 19:00 Uhr
SPD Steinbühl & Gibitzenhof: Ortsvereinstreffen

09.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Johannis:
Aktiventreffen November
im Athos, Johannisstr. 118

10.11.2016 - 18:00 Uhr
AG Migration und Vielfalt
Nürnberg: Mitgliederversammlung
u.a. Nachwahl einer/s
Beisitzerin/s, Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9

14.11.2016 - 19:00 Uhr
AsF Nürnberg:
Mitgliederversammlung
Südstadtforum,
Siebenkeesstr. 4

15.11.2016 - 17:00 Uhr
Elternbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Straße 9. Bitte melden Sie sich vorher unter der Nummer 0911/438960 an, damit wir auf Ihren Besuch gut vorbereitet sind.

15.11.2016 - 19:00 Uhr
SPD Großgründlach:
Gansessen
Landgasthof Höfler,
Reutles

15.11.2016 - 19:30 Uhr
SPD Schweinau-St. Leonhard:
Mitgliederversammlung
mit Thorsten Brehm, Restaurant Sarajevo (Hinterzimmer), Schwabacher Str. 53

Kirche und SPD Mittelfranken: Neuer Sprecherkreis gewählt – Veranstaltungsreihe geplant

VOM SPRECHERKREIS KIRCHE UND SPD

Der Arbeits- und Gesprächskreis „Kirche und SPD“ in Mittelfranken hat einen neuen Sprecherkreis. Kurt Reinelt (Diakon), Lutz Egerer (1. Bürgermeister Petersaurach) und Alexandra Hiersemann (Mitglied des Landtags) bilden zusammen das neue Führungsgremium des mittelfränkischen Gesprächskreises, der sich den Austausch zwischen Religionsgemeinschaften und Politik zum Ziel gesetzt hat.

Nach zwölf Jahren gibt der ehemalige Landtagsabgeordnete Manfred Scholz, Nürnberg, seine Sprecherfunktion in neue Hände und dankt den bisherigen Mitstreitern im Sprecherrat Siegfried Ecker, Rafael Raum und Günter Gloser für die Mitarbeit.

Bereits 1973 auf Landesebene gegründet, ist „Kirche und SPD“ ein offenes Forum für alle politisch Interessierten aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, die sich für eine so-

zial gerechte und solidarische Gesellschaft engagieren und die Gestaltung unseres Zusammenlebens diskutieren möchten.

In der Vergangenheit organisierte das Gesprächsforum unter anderem Veranstaltungen wie die „Finanzkrise und ihre gesellschaftlichen Folgen“ und „Christliche Herausforderungen für ein gerechteres Europa“ sowie „Suchet der Stadt Bestes – Asylrecht und die Herausforderungen an die Stadtgesellschaft“. Auch für die Zukunft sind öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen sozialen Themen geplant.

An die erfolgreiche Arbeit von Manfred Scholz, dem alle Mitglieder des Arbeitskreises herzlich für seinen großen und engagierten Einsatz danken, möchte der neue Sprecherkreis anknüpfen und freut sich auf einen produktiven Austausch zu den wichtigen Fragen, die unsere Zeit und den Zusammenhalt zwischen den Menschen bestimmen. ■

**ROTE KULTUR
NACHT
19.11.2016**

**KÜNSTLERHAUS
IM KUNSTKULTURQUARTIER KÖNIGSTRASSE 93**

EINLASS AB 19 UHR WWW.ROTEKULTURNACHT.DE

VORVERKAUF 12,- EUR zzgl. VVK-Gebühr
ABENDKASSE 15,- EUR

Karten an allen bekannten Vorverkaufsstellen
und unter www.reservix.de

KARL BRÖGER
GESELLSCHAFT



Sexismus in Parteien – (k)ein Problem der CDU?!

FÜR DIE JUSOS VON HANNAH FISCHER

Sicher habt ihr Jenna Behrends' offenen Brief an ihre Partei, die CDU, gelesen, in dem sie dieser Sexismus vorwirft¹. Über Vorwürfe, sich hochgeschlafen zu haben, Gerüchte, Ratschläge als „junge hübsche Frau“ bloß nicht zu viel zu nerven und Anreden als „süße Maus“. Vielleicht habt ihr beim Lesen geschmunzelt, oder euch gedacht, „die CDU mal wieder“. Mir zumindest ging es so. Aber ist Sexismus rein ein Problem der Union? Ich bin mir sicher, dass das nicht der Fall ist. Gefragt nach sexistischen Äußerungen von Politikern, fallen uns einige ein. Ich denke da an Rainer Brüderles „Sie können aber auch ein Dirndl ausfüllen“-Kommentar, der die #aufschrei-Bewegung lostrat. Oder, ganz aktuell, die frauenfeindlichen Entgleisungen von Donald Trump. Das sind natürlich die Extrembeispiele. Was mich viel mehr nervt, ist, dass Politikerinnen, gerade in Machtpositionen, oft anhand ganz anderer Maßstäbe gemessen werden, als ihre männlichen Kollegen.

Nehmen wir zum Beispiel Angela Merkel, deren Hosenanzüge immer wieder für Spott sorgen, oder deren Frisur immer wieder durchgehechelt wird. Politikerinnen werden immer noch gerne als „Kampfemanze“, „Mannsweib“, „Ostseebarbie“ (Manuela Schwesig) oder, wieder Angela Merkel, als „Mutti“ bezeichnet. Oder aber, man(n) macht sich sorgen, ob sie nicht zu sanft für ein wichtiges Amt sei. Und die Behauptung des „Hochschlafens“ wird doch immer mal wieder bemüht, wenn man einer Frau die nötigen Qualifikationen, zu Recht oder Unrecht, abspricht. Bei einem Mann habe ich noch nie die Frage gehört, ob er sich für den Posten hochgeschlafen habe.

Was hat das jetzt mit uns zu tun? Immerhin haben wir als SPD uns doch die volle Gleichstellung und die Frauenförderung groß auf die Fahnen geschrieben. Wir Jusos betonen bei jeder Gelegenheit, ein feministischer Verband zu sein. Dennoch ist auch unsere Partei nicht frei von Sexismus. Das gestehen wir uns nicht gerne ein, aber ich finde, jetzt ist ein guter Zeitpunkt, uns an

der eigenen Nase zu packen und aus den Fehlern der CDU zu lernen. Das fängt damit an, dass wir hoffentlich nie wieder die Bezeichnung „Ministerium für Familie und Gedöns“ hören müssen, und nein, ich will jetzt nicht auf Altkanzler Gerhard Schröder rumhacken. Dennoch sollten wir mal wieder innehalten und genau darauf achten, dass wir selbst keinen Sexismus betreiben. Auch keinen strukturellen oder wohlwollenden Sexismus, was ja deutlich leichter und auch häufiger passiert, als der offene feindselige Sexismus. Letzterer ist zumindest mir persönlich auch innerhalb unserer Parteistrukturen noch nicht begegnet. Aber auch an „Kleinigkeiten“ müssen wir arbeiten. Es gibt doch genügend Genossinnen, die von Anschuldigungen, sie hätten einen bestimmten Posten / ein Mandat nur bekommen, weil sie eben eine Frau seien, die Nase voll haben. Die es auch in einer SPD, die immer noch in vielen Teilen männlich dominiert ist, nicht immer leicht haben. Ich bin froh, dass Jenna Behrends den Mut zu ihrem Brief hatte und hoffe, dass alle demokratischen Parteien ihn zum Anlass der Selbstreflexion nehmen. Packen wir's an, liebe Genossinnen und Genossen! ■

¹ [HTTPS://EDITIONF.COM/SEXISMUS-PARTEIEN-JENNA-BEHRENDS](https://editionf.com/sexismus-parteien-jenna-behrends)



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
 Verantwortlich: Michael Arnold
 Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,
 Andreas Mittelmeier, dsp@spd-nuernberg.de
 Redaktionsanschrift:
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960
 Der „springende Punkt“ ist die werbefreie
 Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint je-
 weils am Anfang eines Kalendermonats.
 Auflage: 5.500 Exemplare

Termine

15.11.2016 - 19:30 Uhr
 SPD Langwasser: Was tun gegen Rechts? Wie umgehen mit der AfD?

16.11.2016 - 19:30 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Mitgliederversammlung
 Gast: MdL Stefan Schuster-Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10

30.11.2016 - 19:00 Uhr
 SPD Gartenstadt:
 Aktivensitzung
 Gaststätte Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1

01.12.2016 - 17:00 Uhr
 AfA Sitzung
 Käte-Strobel-Sitzungszimmer im KBZ

02.12.2016 - 18:00 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Jahresabschlussfeier
 Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10

02.12.2016 - 19:00 Uhr
 150 Jahre SPD in Nürnberg - Errungenschaften der SPD in Langwasser
 Ausstellung bis 26. Januar 2018. Öffnungszeiten: Mo. bis Mi., 12 bis 14 Uhr, Do., 12 bis 17 Uhr und 19 bis 21 Uhr sowie nach Vereinbarung. Gemeinschaftshaus Langwasser Glogauer Str. 50. Der Eintritt ist frei

04.12.2016 - 19:00 Uhr
 SPD Nordostbahnhof:
 Weihnachtsbasar
 LUX – Jugendkirche Nürnberg, Leipzigerstr. 25

Historische Orte der Nürnberger Sozialdemokratie

Der Phoebus-Palast

VON KERSTIN POMMEREIT

Nur drei Jahre vor Eröffnung des heutigen Karl-Bröger-Hauses wurde mit dem Phoebus-Palast im Jahr 1927 ein Gebäude eröffnet, das architektonisch einiges mit unserem „roten Haus“ ge-



mein hatte. Beide Häuser fielen durch ihre moderne Außenbeleuchtung auf und beide gehörten damals zu den modernsten Gebäuden der Stadt. Der Phoebus-Palast bot ganze 2.043 Sitzplätze und war damit das größte Kino Nordbayerns. Gebaut hat das Kino übrigens Ludwig Ruff, der sich kurz darauf von den Nazis vereinnahmt ließ und für diese die Kongresshalle baute.

Als sich die Nürnberger Sozialdemokraten im Jahr 1930 dazu entschlossen, die Feierstunde zur Eröffnung des heutigen Karl-Bröger-Hauses im Phoebus-Palast zu feiern, war das freilich noch nicht absehbar. Am 12. Oktober 1930, dem Tag der Feierstunde, waren die über 2.000 Sitzplätze tatsächlich bis

auf den letzten Platz gefüllt. Mit Persönlichkeiten der Nürnberger SPD, mit Geschäftsführern der damaligen sozialdemokratischen Zeitungen, mit Gewerkschaftsvertretern, Vertretern der Nürnberger Geschäftswelt und mit Parteimitgliedern. Auf dem Programm standen verschiedene musikalische Darbietungen mit zahl-

reichen Chören aus der Region. Der damalige Chef des Stadttheaters Knörner eröffnete die Veranstaltung mit einem Prolog, den Karl Bröger eigens für die Feierstunde und für das neue Haus verfasst hatte: „Ein Haus der Freiheit steht über allem Land, reicht sich darin die Arbeit freudig die Bruderhand.“ Dann trat der damalige Geschäftsführer der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Emil Hallup, auf die Bühne des Phoebus-Palastes. Er begrüßte die Gäste, unter ihnen auch den Oberbürgermeister Herrmann Luppe (DDP), der eng mit dem Nürnberger Sozialdemokraten Martin Treu zusammengearbeitet hatte. Es muss ein sehr beeindruckender Festakt gewesen sein damals. Noch 20 Jahre später erinnerten Martin Treu,



Fotos: Stadtarchiv Nürnberg

August Meier und Wilhelm Riepekohl in einem Brief an das Fest von 1930.

Der Phoebus-Palast wurde Anfang der 70er Jahre abgerissen. Heute steht an dieser Stelle (Königstorgraben 11) das Geschäftshaus einer Bank. ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Dezember 2016!